



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

IRRSINN MIT SYSTEM

Massiver Bodenverlust

Werksgelände, Lagerplätze, Geschäfte und dergleichen beanspruchen immer mehr Platz und somit Boden. Circa 30 Fußballfelder werden so allein in Österreich Tag für Tag verbaut. Das entspricht einer Bodenfläche von rund 22 Hektar. Täglich.

Seite 18-19



Hogan und die GAP: Ein Feldzug gegen uns Bauern

Seite 8-9

Klima und Armut bald als Asylgrund?

Eine Resolution des EU-Parlaments sieht eine entscheidende Erweiterung zur Erlangung des „Flüchtlingsstatus“ vor.

Seite 6

Zivilschutzverband gibt wertvolle Infos

Das Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung steigt, so auch das Interesse am Zivilschutz. Nun geben die Profis wertvolle Tipps.

Seite 10

Neue Verordnung bedroht Kleinbetriebe

Verschärfungen aufgrund der afrikanischen Schweinepest werden nun zur Existenzgefahr für viele Kleinbetriebe.

Seite 15

Ewiger Zankapfel: Der Agrardiesel

Im Interview packt LKR Franz Graf aus: Die wahren Hintergründe des Agrardiesel-Streits mit seinen Folgen für uns Bauern.

Seite 22-23

Ausgabe 02/17 (05.05.17)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info
P.b.b. - 072037583S - Verlagspostamt 4020 Linz

Wir Bauern



Die nackte Globalisierung

Solange wir Bauern für unsere Fleisch- und Milchprodukte einen Preis erzielen, der die Kosten nicht abdeckt, solange hat die gemeinsame Agrarpolitik ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Nein, keine staatlich geregelten Preise, die „Neue GAP“ muss die Chance auf einen fairen Preis grundsätzlich ermöglichen. Ein Eckpfeiler muss eine verpflichtende, durchgängige Herkunftskennzeichnung sein, damit sich unsere hochwertigen Lebensmittel am Markt auch deutlich von denen unterscheiden, die

Franz Graf

mit schlechten Standards erzeugt werden. Verstärkt durch eine Herkunftsabgabe auf qualitativ schlechtere Produkte, wie zum Beispiel Palmöl, ergibt sich für uns wieder eine faire Marktchance.

Ein reflexartiger Protest, dass dies eine unsoziale Verteuerung der Lebensmittel bewirken würde, ist nicht angebracht. Der aktuelle Anteil der landwirtschaftlichen Rohstoffkosten in einer Semmel beträgt einen Cent (3%), im Wienerschnitzel 32 Cent (3%) oder bei Erdäpfeln 19 Cent (15%). Als dritter Punkt muss ein Mindestpreis gewährleistet sein. Ob das mit einer 3. Säule erreicht wird oder mit einer stärkeren Regionalisierung der Ausgleichszahlungen, nach Gunstlagen und Betriebsgrößen abgestuft, oder beides, bedarf einer breiten Diskussion. Modelle dazu gibt es jedenfalls, etwa vom Institut für ländliche Entwicklung in Kassel. Für das Weiterbestehen unserer bäuerlichen Betriebe, sind die anstehenden Entscheidungen lebenswichtig!



Frankreich erlässt Pestizidverbot für Privatverbraucher - zieht die EU nach?

Frankreich hat die Nutzung von Pestiziden außerhalb der Landwirtschaft verboten. Der zuständige Senator von den Grünen, Joël Labbé, hat zudem einen EU-Entschließungsantrag eingereicht, mit dem in ganz Europa die Nutzung von Pestiziden außerhalb der Landwirtschaft verboten werden soll. Der unverbindliche Entschließungsantrag fordert die EU dazu auf, die Möglichkeit zu erwägen, Privatverbrauchern und lokalen Behörden den Einsatz von Pestiziden zu untersagen.

Foto: pixabay



Marine Le Pen kämpft für Frankreichs Bauern

Mit schlagkräftigen Mitteln machen die französischen Landwirte seit Jahren auf ihre desolate Lage aufmerksam. Sie blockieren Supermärkte und Einzelhandelslager oder sperren Straßen und Autobahnen mit ihren Traktoren. 2014 wurde ein Regierungsgebäude mit Gülle besprüht. Die Botschaft: „Wenn technokratischer Mist steuerpflichtig wäre, würde der Staat sich selbst finanzieren können.“

Frankreich ist das größte Land in der EU und weist mit 27,74 Millionen ha auch die größte landwirtschaftlich genutzte Fläche auf (Österreich: 2,73 Millionen ha). In den letzten zwanzig Jahren soll sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe halbiert haben, schreibt die Französische Botschaft in Deutschland. Immer seltener werden auch Familienbetriebe, die Entwicklung von Gesellschaftsunternehmen mit mehreren Teilhabern schreitet im Gegensatz dazu rasant voran. Laut Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, gab es 2013 noch 472.210 landwirtschaftliche Betriebe. Von 2005 bis 2013 haben in Frankreich

94.930 Bauern die Wirtschaft eingestellt, durchschnittlich haben somit 32,5 Höfe pro Tag für immer zugesperrt. Im Vergleich zu einem österreichischen Betrieb ist ein französischer, mit durchschnittlich 58,7 ha (von 2003-2013 um 30 Prozent gestiegen), dreimal so groß – die Probleme sind dieselben!

„Ich habe eine Schweinemast übernommen, aus Liebe zum Beruf. Heute aber riskiere ich damit, meine Familie zu ruinieren. So kann es einfach nicht weitergehen!“ „Meinen Bruder in einer so verzweiferten Lage zu sehen, das macht mich fertig. Ich bin bereit, für seine Rettung weiter zu kämpfen,“ so Dominique Roger,

französischer Bauer, und seine Schwester Marie-Christine im Interview mit dem Deutschlandfunk (März 2016).

Die Situation der französischen Bauern, wie ihrer Kollegen in der gesamten EU, ist angespannt. Der Soziologe Pierre Bitoun, vom nationalen Institut für Agrarforschung INRA, beschreibt die Situation folgendermaßen: „Die modernen Gesellschaften haben ihre Bauern geopfert und die Bauern haben sich aufgeopfert.“ Besonders erschreckend ist die hohe Selbstmordrate der französischen Bauern: „732 haben sich vergangenes Jahr das Leben genommen“, erklärt Dominik Pipet, Bauer und Rinderzüchter, in einem Gespräch mit der „Welt“ im April diesen Jahres. Eine Renationalisierung ist für viele französischen Bauern die einzige Lösung. Auf der größten französischen Landwirtschaftsmesse, „Salon de l'Agriculture“, die vom 25. Februar bis 5. März in Paris stattfand,

Flaschen aus Pflanzen: „Made in Vorarlberg“



Die Vorarlberger Verpackungsfirma Alpla in Hard entwickelt Kunststoffflaschen mit Pflanzenanteil. Zukünftig sollen die Flaschen sogar zu 100 Prozent aus Pflanzen bestehen. Hergestellt werden bereits Flaschen, die zu 30 Prozent aus Pflanzen wie Maisblättern oder Gras bestehen.

Foto: pixabay

Russland: Bauerndemo gegen Konzerngier



Ein Protestmarsch russischer Bauern gegen Landübernahmen durch Agrar-Konzerne wurde von der Polizei beendet. Die Bauern wollten mit einem Traktormarsch von Kuban bis Moskau ein Treffen mit Präsident Putin erreichen. Die Kritik: Die Konzerne bedienen sich unlauteren Methoden.

Foto: pixabay

Pflanzenschutz: Die EU will Verbot auf Vorrangflächen

Auf ökologischen Vorrangflächen solle laut EU-Kommission der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verboten werden. Der Kommission widersprechen zwar Tschechien, Ungarn und Lettland, eine Mehrheit gegen das Verbot kommt damit aber nicht zustande. Österreich, Dänemark und Deutschland melden Prüfbedarf an. EU-Agrarkommissar Phil Hogan betonte, eindeutige Auflagen seien notwendig, um mit der ökologischen Vorrangfläche die Artenvielfalt zu verbessern.



Foto: Wikimedia, Karl Bauer CC BY 3.0

Der Agrarministerrat und die Kommission seien sich darin einig, hielt Hogan fest. Zahlreiche Europaabgeordnete lehnen das Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf der Vorrangfläche ab.

25% weniger Betriebe in 10 Jahren: Europas Bauern sterben

In der Europäischen Union gibt es 10,84 Millionen landwirtschaftliche Betriebe (Eurostat, 2013). Das bedeutet, dass nur 2,15 % der Gesamtbevölkerung die Produktion und somit die Versorgung der Bürger mit Lebensmitteln sicherstellen. In den Jahren 2003-2013 ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU-28 um mehr als vier Millionen zurück. In nur zehn Jahren haben demnach mehr als ein Viertel der Bauern den Betrieb eingestellt. Die Slowakei führt diese negative Statistik an: hier haben 67,1 % der Bauern aufgegeben, gefolgt von Bulgarien (-61,8 %), Italien (-48,6 %), Estland (-47,9 %), der Tschechei (-42,6 %) und Deutschland (-30,9 %).

Die durchschnittliche Fläche pro Betrieb

liegt in der EU bei 16,1 ha. Die Top 10 in der Länderreihung sind: Tschechische Republik (133 ha), Vereinigtes Königreich (93,6 ha) und Slowakei (80,7 ha), Dänemark, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Estland, Schweden und Finnland. Österreich liegt mit durchschnittlich 19,4 ha auf Platz 17.

Besonders interessant ist die Veränderung der durchschnittlichen Fläche pro Betrieb. In zehn Jahren ist diese in Bulgarien um 315,91 % gestiegen, in der Slowakei um 170,81 %, in Estland um 131,02 %, in Lettland um 94,92 % und in Litauen um 81,52 %. Diese Länder finden sich ebenso in der Liste der Top 10 der Nettoempfänger in der EU. Auch die junge EU-Mitgliedschaft eint sie.



Foto: i. u. re.: pixabay

EU-Parlament: Kein Genmais

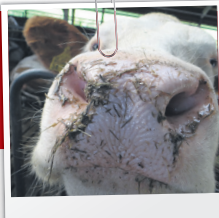
Das EU-Parlament hat gegen den Import von gentechnisch verändertem Mais gestimmt. Die EU-Kommission wollte insgesamt fünf genveränderte Maissorten der Firma Syngenta sowie 20 mögliche Kombinationen für den europäischen Markt zulassen. Unter den beanstandeten Maissorten befindet sich auch die bereits in Europa gewerblich angebaute Sorte MON810. Der Hersteller Monsanto musste jedoch nach zehn Jahren nun eine neue Zulassung beantragen. Die Abgeordneten kritisierten vor allem, dass die Zulassung durch die EU-Kommission ohne Abstimmung der EU-Staaten erfolgen würde. Diese Vorgangsweise, die eigentlich nur in Ausnahmefällen gedacht wäre, sei jetzt bereits zur Norm geworden. Darum forderten die Parlamentarier auch eine Reform der Zulassungsprozedur. 426 gegen 230 Abgeordnete bei 38 Stimmenthaltungen sprachen sich gegen den Import aus. Aber: Das Ergebnis ist rechtlich nicht bindend. Kommt es nun zu keiner Einigung, dann entscheidet die EU-Kommission endgültig.



wurde Marine Le Pen, die Präsidentschaftskandidatin des Front National, heuer mit offenen Armen empfangen. Le Pen plädiert für eine nationale Agrarpolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) erklärt sie für gescheitert. Sie empfiehlt den Franzosen mehr französische Produkte zu konsumieren, strikte Kennzeichnungsregeln sollen deshalb heimische Qualität für den Konsumenten klar ersichtlich machen. Dem Agrarischen Informationszentrum ist zu entnehmen, dass der Front National weiters eine industrielle Landwirtschaft mit 1.000 Rindern und mehr ablehnt und auch Importe, die nicht den französischen Umwelt- und Sozialstandards entsprechen, sollen verboten werden. Die Handelsabkommen mit Kanada, den USA, Japan, Neuseeland und Australien lehnt Marine Le Pen ebenso ab, wie gentechnisch veränderte Organismen.

Foto: Bildarrangement: „Der Freie Bauer“ - Le Pen, Wikimedia, Foto-AG Gymnasium Melk, CC BY-SA 3.0; Rest: pixabay

Bauer zahlt für Kühe Rundfunkgebühren



Weil sein Stall als „Betriebsstätte“ gilt, muss ein Bauer in Oberbayern 69,96 Euro jährlich an Rundfunkgebühren für seine Kühe zahlen. Widersprüche bei der deutschen „Gebühreneinzugszentrale“ wurden abgelehnt. „Das ist nur eine Kleinigkeit, aber das ärgert mich“, betont der Mann.

Foto: pixabay

FP-Neubauer fordert gerechte Pensionen



Der Nationalrat Werner Neubauer fordert eine Pensionsanpassung, die sich stärker an den Preissteigerungen für Wohnen, Lebensmittel und Energie orientiert. Die vom Pensionistenverband unterstützte Einmalzahlung von 100 Euro sei mehr als ungenügend, kritisiert der Freiheitliche.

Foto: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Peinlich, peinlich: Kurz nach Veröffentlichung des Clips fand die OÖ-Zeitung „Wochenblick“ heraus, dass der erste Empfänger einer „Kanzler-Pizza“ ein Mitarbeiter des SPÖ-geführten Sozialministeriums ist und sogar schon für die SPÖ kandidierte! ▷

Ministerien: 8,5 Mio. Euro für „Berater“

Die rot-schwarzen Ministerien haben im vergangenen Jahr mindestens 8,5 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben. Führend war dabei das SPÖ-geführte Verteidigungsministerium, das zu diesem Zweck alleine 2016 1,4 Millionen Euro investierte. Stolze 1,3 Millionen Euro gab man im ebenfalls roten Infrastrukturministerium aus, 1,1 Millionen Euro dagegen im schwarzen Umweltministerium. Die Zahlen gehen aus den Antworten der zuständigen Ministerien an den FP-Nationalrat Wolfgang Klinger hervor. Klinger kritisiert die hohen Kosten für externe Beratung scharf: „Die absolut ausreichend ausgestatteten Ministerien verfügen zwar über geeignetes und hochqualifiziertes Personal, trotzdem werden Jahr für Jahr zahlreiche Unternehmensberater aus dem rot-schwarzen Umfeld für Beratungsaufträge engagiert.“



Foto: Screenshot Facebook / Christian Kern

Internet spottet über Kern-Auftritt als Pizzabote

Video: SPÖ blamiert sich mit inszenierter Bürgernähe

Mit einem Auftritt als Pizzabote wollte Bundeskanzler Christian Kern die Österreicher überzeugen. In einem SPÖ-Video ist zu sehen, wie er Pizzen an vorgeblich „spontan“ ausgesuchte Wiener Bürger ausliefert. Doch das Video geriet zum Mega-Flop.

Schnell kamen peinliche Fakten ans Tageslicht. Zuerst deckte die OÖ-Zeitung „Wochenblick“ noch am Tag der Veröffentlichung des Videos auf, dass Kern bereits sein erstes „Bürgergespräch“ mit Ralf Tatto, einem PR-Mitarbeiter des SPÖ-geführten Sozialministeriums geführt hat. Besonders unangenehm für den jetzt im Internet gern „Pizza-Kanzler“ genannten Kern: Es tauchten zudem Belege auf, aus denen hervorging, dass Tatto selbst als SPÖ-Funktionär tätig war

Foto: pixabay

und sogar für die Sozialdemokraten bei einer Wahl zur Bezirksvertretung in Wien kandidiert hatte. Bekannte Medien thematisierten die PR-Panne wenig später. So titelte die „Krone“: „Nette Idee, aber Kerns Pizzen riechen nach Fake“. Das Netz-Portal „oe24.at“ stellte die Frage, ob es sich beim Auftritt Kerns lediglich um vorgetäuschte Bürgernähe handle. Für das Werbevideo der SPÖ erntete Kern im Internet reichlich Spott. Zahlreiche Nutzer bemängelten unter anderem,

dass sich obdachlose Österreicher im Vergleich zu einem gut bezahlten Regierungsmitarbeiter wesentlich mehr über die Aufmerksamkeit sowie die Pizzen gefreut hätten. Die große PR-Panne könnte nun auch ein für Kern sehr heikles juristisches Nachspiel haben: Denn der Kanzler musste inzwischen eingestehen, dass die Pizzen mit seinem Dienstwagen ausgeliefert wurden. Zwar ist dies unter Umständen zulässig, doch bei einer Inanspruchnahme des staatlich angestellten und finanzierten Chauffeurs könnte dies sogar zur Amtsenthebung führen. Das Parlament befasst sich nun mit dem Fall.

Bibber-Winter brachte Streusalzrekord

Der Winter 2016/17 war der bei weitem stärkste Winter der vergangenen vier Jahre in Oberösterreich. „Der Kampf gegen die komplette Vereisung der Straßen führte zum bisher höchsten Streusalzverbrauch an einem Tag“, betonte Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

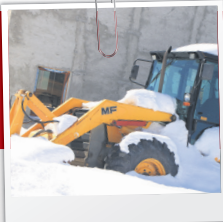


Foto: li. u. re.: pixabay

Vöcklabuck: Horror-Brand in Sägewerk

Sechs Feuerwehren mit circa 50 Mann mussten nach Neukirchen an der Vöckla ausrücken, um dort Flammen in einem Spänesilo bei einem Sägewerk zu bändigen. Ein Übergreifen auf die angebaute Hobelhalle konnte verhindert werden. Der Schaden beläuft sich auf ca. 20.000 – 30.000 Euro.



Tourismus: Land OÖ will nun Radwege ausbauen

Noch heuer will das Land Oberösterreich mit dem Bau der Radhaupttroute St. Georgen – Steyregg – Linz beginnen. Angefangen werden soll damit, sobald die entsprechenden Beschlüsse vorliegen. Zudem gäbe es bereits Vorbereitungen für die geplante Radhaupttroute von Pasching/Leonding nach Linz. „Auch

der Bau der Radhaupttroute zwischen Linz und Puchenuau beginnt heuer“, unterstreicht Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Weitere Radwege sind geplant. Vor allem für Tourismus-Betriebe, darunter auch zahlreiche Ferienbauernhöfe, könnten so zusätzliche Einnahmequellen entstehen.

Foto: pixabay

FSG-Betriebsrat ätzte gegen Bauernstand

Mitte April brachte der späte Winter viele Bauern in Oberösterreich an den Rand der Verzweiflung. Plötzliche Minusgrade töteten Jungpflanzen, vor allem Obstbauern waren davon betroffen. Mit kreativsten Techniken versuchten Betroffene, ihre Bäume vor Frostschäden zu bewahren. Bereits 2016 hatte der Spätfrost den heimischen Bauern insgesamt einen Schaden in Höhe von 200 Millionen Euro verursacht. Der Voest-Betriebsrat und SPÖ-Funktionär Klaus H. spottete indes auf Facebook: „Juhu!!! In Österreich gibt es im April Schnee! Nun können unsere Bauern wieder jammern und sudern. Hat das

beten am Sonntag doch etwas gebracht!“ Nachdem die Freiheitliche Bauernschaft OÖ die von vielen Internet-Nutzern als sehr schadenfroh bewertete Aussage öffentlich machte, hagelte es Kritik.

„Das war nicht so gemeint“, erklärte der SPÖ-Funktionär jetzt gegenüber den „Oberösterreichischen Nachrichten“ kleinlaut. Haidinger betonte, seine umstrittene Aussage sei „aufgebauscht“ worden. „Ich habe es so gemeint, wie man es halt sagt, wenn man beieinander sitzt und einen Spaß macht“, betonte der einstige Enns SP-Stadtrat. Viele Kollegen des Voest-Betriebsrates sind selbst Nebenerwerbslandwirte.

Linzer Verkehr: Kommen nur gemeinsam ans Ziel ÖVP-Bürgermeister am Zug

Der Linzer Infrastrukturstadtrat Markus Hein (FPÖ, Bild) zeigte sich verwundert, mit welcher Vehemenz vor allem die ÖVP und im Besonderen NAbg. Michael Hammer momentan versuchen, abseits jeglicher Sachpolitik, mit den Herausforderungen im Linzer Verkehr politisches Kleingeld zu lösen.

Dabei sei es offensichtlich, dass ein vernünftiges Verkehrskonzept nur in Zusammenarbeit mit den Landes- und Gemeindeebenen umgesetzt werden könne. „Von Linzer Seite wurde

mehrfach und bereits seit Jahren versucht, den Ausbau dringend notwendiger Park&Ride-Anlagen im Umland voranzutreiben. Die Rückmeldungen blieben aber sehr überschaubar. Dies zeigt, dass viele ÖVP-Bürgermeister in den Umlandgemeinden kein ernsthaftes Interesse an der Lösung der Verkehrsproblematik haben“, stellte Hein fest. Park&Ride-Anlagen



Foto: FPÖ

sinnvollerweise so nah wie möglich an den Wohnorten der betroffenen Pendler liegen. Nur so kann der tägliche Stau bekämpft werden. Dieses Verkehrsproblem darf nicht von ÖVP-Bürgermeister zu ÖVP-Bürgermeister wie eine heiße Kartoffel weitergereicht werden. „Nur wenn Stadt, Land und Umlandgemeinden – ohne Einmischung schwarzer Allianzen – endlich an einem Strang ziehen, können wir die Verkehrssituation nachhaltig verbessern“, erklärt Hein abschließend.

Foto: FPÖ



Haimbuchner als „Stammtisch-Rakete“

Im Interview mit dem „Standard“ betont Oberösterreichs LH-Stv. Manfred Haimbuchner, er werde nach wie vor auch den Bürgern an den Stammtischen zuhören. „Ich fühle mich da sehr wohl“, unterstreicht der FPÖ-Politiker. Mainstream-Parteien wie die ÖVP, Grüne sowie SPÖ hätten dagegen mit mangelnder Glaubwürdigkeit und zunehmenden Wählerverlust zu kämpfen.

Registrierkassenpflicht sorgt für Mostkost-Aus

Die beliebte Schartner Mostkost musste aus finanziellen Gründen abgesagt werden. Da der Verein, der die Veranstaltung durchführt, vom Finanzamt nicht als gemeinnützig anerkannt wird, sei laut Veranstaltern der Betrieb einer kostenintensiven Registrierkasse notwendig.



Foto: pixabay

Verhindert Datenschutz direkte Demokratie?

2016 führte die Stadt Wels unter FP-Bürgermeister Rabl eine Bürgerbefragung durch. Laut der zuständigen Behörde soll sie dabei gegen den Datenschutz verstoßen haben. Keine Beschwerden gab es bei ähnlichen Befragungen der Ex-SPÖ-Stadtregerung. Wels geht nun in Berufung.



Foto: FPÖ

Kampagne soll Familien helfen Eltern als Vorbilder

Mit der neuen Kampagne „Ich bin Vorbild. Kinder sind unser Abbild. Es liegt an uns Eltern.“ will das Land Oberösterreich an das Verantwortungsbewusstsein von Müttern und Vätern appellieren. Dabei sollen die Eltern wertvolle Tipps für eine gelungene Vorbildwirkung gegenüber ihren Kindern erhalten. „Mama und Papa sollen für die Kinder die Helden des Alltags sein“, unterstreicht Familienreferent LH-Stv. Manfred Haimbuchner bewusst überspitzt. Im Rahmen der „OÖ Familienkarte“ kommen Familien zudem in den Genuss vieler Rabatte und Vergünstigungen.



Foto: pixabay



Foto: pixabay

Häftlinge: Mehr als die Hälfte sind Ausländer

Die Lage in Oberösterreichs Gefängnissen spitzt sich immer mehr zu. Parallel zur chronischen Überbelegung sowie dem zunehmenden Personalmangel („Der Freie Bauer“ berichtete) häufen sich Attacken auf Justizbeamte. Erst Anfang April konnte in der Justizanstalt Garsten ein Massenausbruch knapp verhindert werden. Das Wachpersonal fand mehrere Sturmhauben und Messer. Hinzu kommt: Über 50 Prozent aller Gefängnisinsassen waren 2016 Ausländer. Vor allem Nordafrikaner, Afghanen und Iraker würden durch Angriffe gegen Exekutivbeamte auffallen, betont der Nationalratsabgeordnete Philipp Schrangl. Er erneuerte seine Forderung nach der Einführung von Mindeststrafen – u.a. auch im Falle von Angriffen gegen Beamte.

Foto: pixabay



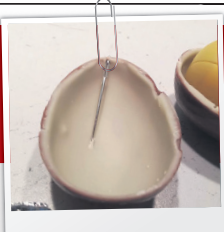
EU-Resolution könnte das Klima & Armut

Eine Resolution des EU-Parlaments sieht eine entscheidende Erweiterung zur Erlangung des „Flüchtlingsstatus“ vor. Demnach sollen der sogenannte Klimawandel sowie Armut zukünftig als Asylgründe gelten.

Sollte der Beschluss rechtskräftig werden, hätte das fatale Folgen: Laut einem Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2014 gelten weltweit mindestens 1,2 Milliarden Menschen als arm. Laut dem äthiopischen Prinzen und Afrika-Experten

Asfa-Wossen Asserate gäbe es geschätzt rund 52 Millionen junge Afrikaner, die nach Europa auswandern könnten. Besonders Afrika ist von Wetterumschwüngen und Dürreperioden stark betroffen. Konkret heißt es im Punkt 31 des Parlamentsbeschlusses: „Das Europäische Parlament ist der Ansicht, dass Personen, die durch die Folgen des Klimawandels vertrieben werden, ein spezieller internationaler Schutzstatus gewährt werden sollte, mit dem deren besonderer Lage Rechnung getragen wird.“ Der freiheitli-

Pfui! Ekelfund in einem Überraschungsei



Eine Mutter aus dem Innviertel will in einem in Burghausen / Bayern gekauften Überraschungsei eine spitze Nadel entdeckt haben. Fotos sorgen nun auf Facebook für Aufregung. Der Hersteller betont, die Nadel könne nur nachträglich hinzugefügt worden sein. Die Polizei ermittelt.

Foto: Screenshot Facebook

Steyr: Afghanen liefern sich Messerstecherei



In Steyr kam es am 22. April zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei Afghanen im Alter von 17 bzw. 18 Jahren. Letzterer soll im Verlauf des Streits mit einem Messer in den Oberschenkel des 17-jährigen gestochen haben. Der 18-jährige erlitt eine Schnittverletzung an der Hand.

Foto: Flickr / Texas.713 / ©Glo3YaKfht



Propaganda an Schulen melden: Initiative kämpft für parteifreie Schulen

Per Gesetz darf in österreichischen Schulen keine Parteipolitik betrieben werden. Jedoch wurde in Oberösterreich offenbar mehrfach gegen diese wichtige Bestimmung, auf der das österreichische Bildungsministerium mit Nachdruck beharrt, verstoßen. So referierte der Welser Grünen-Finanzreferent und umstrittene „Extremismus-Experte“ Thomas Rammerstorfer vor Achtklässlern des BORG Honauerstraße in Linz. Dabei rückte er eine OÖ-Regierungspartei, die FPÖ, in die Nähe des Extremismus. Hinzu kommt: Die Schüler mussten für den Vortrag Rammerstorfers ein Eintrittsgeld in Höhe von drei Euro zahlen. „Es werden sogar Probeabstimmungen öffentlich durchgeführt, wer die FPÖ wählen würde,

um entsprechenden Druck auszuüben“, schildert LH-Stv. und Chef der FPÖ Oberösterreich Manfred Haimbuchner weitere Fälle. „Kinder von freiheitlichen Funktionären kommen mit Tränen in den Augen nach Hause, weil wieder mal gegen die FPÖ gehetzt wurde“, betont er. Jetzt wurde eine Stelle geschaffen, an der Schüler parteipolitische Agitation an Schulen melden können. Der große Vorteil: Die Meldung erfolgt anonym, Betroffene müssen keine Angst vor Repressalien haben. Auf www.parteifreie-schule.at kann verbotene Partei-Propaganda unkompliziert gemeldet werden. Die Fälle werden sorgfältig geprüft. Auch parteinahe Werbezettel oder Infostände sind an Schulen übrigens untersagt.

Asylrecht ausweiten als Asylgrund?

che EU-Parlamentarier Franz Obermayr aus Linz, der gegen die Resolution stimmte, kritisierte diese als „realitätsfern“. „Praktisch jeder kann überall auf der Welt einen Freifahrtsschein in die europäischen Wohlfahrtssysteme lösen. Der Ansturm würde zuerst die Möglichkeiten der Asylbürokratie und dann – da den Asylanträgen ja meistens stattgegeben werden müsste – die europäischen Sozialsysteme und Gesellschaften sprengen“, warnt Obermayr. „In Europa hätte in Zukunft praktisch kein Asylgesuch

abgelehnt werden können, da sich das Nichtvorhandensein von Armut kaum beweisen lässt“, unterstreicht er. Fast noch fatalere Auswirkungen hätte eine weitere Forderung der Resolution, laut der die Schaffung legaler Einreisewege für Asylwerber ermöglicht werden soll. Zu den wesentlichen Unterstützern des Forderungskataloges gehört der oberösterreichische EU-Politiker Josef Weidenholzer (SPÖ), der die „humanitäre Verantwortung“ der EU und Österreichs bei weltweiten Konflikten betont.

Van der Bellen sorgt für Wirbel: Kopftuchdebatte

Bei einer Diskussionsveranstaltung im Wiener Haus der EU schockte Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit einer klaren Aufforderung. „Bei der tatsächlich um sich greifenden Islamophobie wird noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein

Kopftuch zu tragen. Alle, als Solidarität gegenüber jenen, die es aus religiösen Gründen tun“, erklärte er. Wenige Tage später sorgte der Sager im Internet für reichlich Wirbel. Viele Nutzer fordern nun den Rücktritt Van der Bellen, da er nicht mehr die Interessen der Österreicher vertrete.



Geschichte, Entwicklung und Ziele

Die GAP ist gescheitert?

Lang lebe die GAP!

„Die GAP wurde eingeführt, damit Bürgerinnen und Bürger Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen kaufen und Landwirte ein faires Einkommen erwirtschaften können. Es ist die Geschichte einer dynamischen Partnerschaft zwischen Landwirten und Europa“, schrieb die EU-Kommission anlässlich „50 Jahre GAP“ im Jahr 2012. Die abgedruckten Ziele, klingen beinahe romantisch, doch der Bauer vergisst nicht...

Das anfängliche Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die 1962 ins Leben gerufen wurde, war die Sicherstellung der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Die gesetzten Maßnahmen führten jedoch zu einer ausufernden Überproduktion in den 70er und 80er Jahren. „Spezielle Maßnahmen“ wurden deshalb eingeführt: Damit ist der „Mansholt-Plan“ gemeint. Als Sicco Mansholt, sozialistischer Sohn eines niederländischen Großbauern und erster Kommissar für Landwirtschaft, seinen Plan für die „Grundlegende Neuordnung der Agrarstruktur“ vorstellte, löste er Empörung aus. Von den Bauern in Kiel soll er aus-

gepiffen worden sein, bis er das Rednerpult verließ. „Als absurde Idee eines überspannten Technokraten“, wurde der Plan damals bezeichnet. Doch was forderte dieser? Als Ziel wurde die Halbierung der Beschäftigungszahl in der europäischen Landwirtschaft bis

Wachsen oder weichen

zum Jahr 1980 definiert. Millionen Bauern, Landarbeiter und Familienangehörige sollten eine staatliche Pension erhalten, wenn sie ihre Betriebe aufgaben. Der „bäuerliche Familienbetrieb“ sollte durch den Begriff „Produktionseinheit“ ersetzt werden. Nebenbei würden dadurch Millionen Hektar an Grund und Boden verfügbar gemacht werden. Die Nebenerwerbslandwirtschaft bezeichnete Mansholt als Phänomen des Übergangs, die mit der Schaffung leistungsfähiger Großbetriebe verschwinden würde.

Mit dem Slogan „Wachsen oder Weichen“ wurde dieser Plan schließlich beworben und durchgeführt. Die Auswirkung

war eine „soziale Flurbereinigung“ (30 Prozent weniger Betriebe bis 1980 in der BRD).

70% weniger Betriebe

Die Überproduktion konnte nicht reduziert werden. Laut „Statista“ hat sich die Zahl der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland von 1975 bis 2016 um 70 Prozent reduziert. Heute wird Mansholt von der EU als Begründer der GAP gefeiert. Er schlug Reformen vor, „mit denen der Weg für künftige Entwicklungen in der europäischen Landwirtschaft geebnet wurde“, so die Kommission. Vor diesem Hintergrund und den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, liest sich dieser Satz wie eine Kampfansage an die bäuerlichen Familienbetriebe. Doch diese werden in der Gegenwart, ebenso wie in der Vergangenheit, von Po-

Hohle Phrasen

litikern scheinheilig umworben und zur Präsentation, zum Beispiel des „Feinkostladen Österreich“, benutzt. Mit der



McSharry-Reform (1992) wurde eine bedeutende Änderung innerhalb der GAP vorgenommen. Ab nun soll nicht mehr der Markt subventioniert werden, sondern der Erzeuger. Die garantierten Preise (Interventionspreis) wurden drastisch gesenkt und durch gekoppelte Direktzahlungen ausgeglichen. Franz Fischler lenkte die Geschicke der europäischen



Franz Graf
Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ

Die GAP ist wie ein Tier in einem fremden Ökosystem, das dieses zerstört. Die Wurzel der Landwirtschaft, der bäuerliche Familienbetrieb, wird durch sie nachhaltig bekämpft. Die bisherigen GAP-Reformen hatten das vorrangige Ziel, den Weltmarkt zu erobern, koste es was es wolle. Die Bauern wurden und werden geopfert, zu Bittstellern degradiert und durch Büro-

kratie zermürbt. Bis 2025 wird sich die Zahl der österreichischen Betriebe um ein weiteres Viertel reduzieren, so die Landwirtschaftskammer. Kritik am System wird mit dem Vorwurf der Unwissenheit abgetan. Der EU-Landwirtschaftskommissar Hogan und auch Bauernbundpräsident Auer halten eine Renationalisierung für eine Gefahr. Fragt sich nur für wen?



Landwirtschaft von 1995 bis 2004, die Agenda 2000 und die Reform von 2003 fiel in seinen Verantwortungsbereich. Resultat: die Preise wurden erneut gesenkt, die gekoppelten Direktzahlungen erhöht, die immer mehr an die Erfüllung strenger Standards in Bezug

Mehr Bürokratie

auf die Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Tierschutz geknüpft wurden. Die Bürokratie begann auszufernen. 2003 wurde ein neues und von der Produktion entkoppeltes Direktzahlungsmodell gebastelt. Der Bauer wurde dadurch verstärkt dem Weltmarkt ausgesetzt. Ein Grund der Reform 2003 war

laut einer Veröffentlichung der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft die EU-Osterweiterung: „Die Erweiterung der EU um zwölf Mitgliedstaaten hätte bei Fortsetzung der bestehenden GAP den EU-Finanzrahmen für die Landwirtschaft gesprengt.“ 2001 zitiert „Der Standard“ Fischler, dass diese Reformen nicht im Hinblick auf die anstehende Ost- und Südosterweiterung der EU geschähen. Sie sollen im Interesse der EU-Bauern sein, deren

Jakob Auer dazu: „In der Agrarpolitik ist somit die einzige Konstante die Veränderung. Dennoch haben wir es immer geschafft, die EU-Agrarpolitik

Nur Ruhigstellung

als Chance für die heimischen Bauern und die Konsumenten zu machen.“ In der medialen Berichterstattung ist das zumindest gelungen. Ob die Reform 2020 einen Umschwung bringen wird? Und wird das

„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“

Helmut Kohl, 6. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Zukunft gesichert werden müsse. Allein seit 1994 wurden in Summe vier Reformen durchgeführt. Bauernbundpräsident

tatsächlich ernsthaft angestrebt, oder behaupten das die Funktionäre nur, um die Bauern weiterhin ruhig zu stellen?

Bauern ersticken in Bürokratie

Der ursprünglichste aller Berufe wird von Bürokratie, Kontrollen und Auflagen, die kein Ende nehmen wollen, geknechtet. Für die Ausgleichszahlungen wird der Bauer angefeindet, dabei vergisst die Öffentlichkeit, wer den Bauern dem Weltmarkt ausgesetzt hat. Die „Erfolgsgeschichte“ der GAP hat unter anderem dazu geführt, dass sich die Zahl der Betriebe seit 1975 in Deutschland um 70 Prozent reduziert hat. In Österreich ist die Zahl seit dem EU-Beitritt um 30 Prozent zurückgegangen, bis 2025 sollen weitere 25 Prozent für immer zusperrren.



Unser Handwerk

Gemeinsam mehr erreichen

Landwirte und Imker müssen besser zusammenarbeiten! Als viehhaltender, konventioneller Landwirt mit rund 50 Prozent Ackerbau und zugleich als Imker, komme ich oft ins Grübeln: Hoffentlich schade ich mit den Pflanzenschutzmitteln meinen Völkern nicht. Es ist jedoch als konventioneller Landwirt nicht immer möglich, ohne diese Mittel eine hohe Qualität zu produzieren. Mit einem ohnehin geringen Deckungsbeitrag wenigstens ein geringes Plus zu erzielen, um über die Runden zu kommen, ist

Josef Maislinger

eine weitere Herausforderung. Trotzdem bin ich der Meinung: Die Weißstängeligkeit (Sclerotinia) beim Raps ist auch mit einer ordentlichen Fruchtfolge unter Kontrolle zu bringen. Eine Blütenbehandlung durch Fungizideinsatz kann somit vermieden werden. Ist ein Einsatz dennoch notwendig, sollte die Behandlung am Abend bevorzugt werden. Eine Maisbeize kann und sollte man jedenfalls vermeiden. Weiters müssen viele Landwirte eine sogenannte Biodiversitätsfläche einplanen und bewirtschaften. Schikane oder begründet? Damit man die entsprechenden Gelder aus den Fördertöpfen bekommt, ist es Pflicht, eine derartige Fläche anzulegen. Wieso dann nicht gleich eine ordentliche Bienenweidmischung säen? Auch Gemeinden könnten kahl liegende Flächen in ein Paradies für Bienen und Insekten umwandeln und somit helfen, die Artenvielfalt in unserem schönen Land zu sichern. Die Imker in deiner Nähe werden es dir danken!



Mammut-Projekt: In St. Wolfgang entstehen 2.580 Meter neuer Güterweg

In der Gemeinde St. Wolfgang konnte nun eines der größten Güterwegprojekte der letzten Jahre begonnen werden. Mit einem insgesamt 2.580 Meter langen Weg erhalten sieben land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie 15 Wohnhäuser einen neuen Verkehrsanschluss – 75 Hektar Nutzfläche werden zusätzlich erschlossen. FPÖ-Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner: „Güterwege haben ein umfangreiches Leistungsspektrum und sind enorm wichtig für den ländlichen Raum.“

Foto: pixabay

Viele Betriebe werden von Frauen geführt Bäuerinnen packen an

Bereits ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich werden von Bäuerinnen geführt. Oberösterreich liegt mit 35 Prozent der Betriebe sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt. Im Land ob der Enns sind es insgesamt 10.986 Betriebe. Nur in der Steiermark (36%) und in Salzburg (36%) sind mehr Frauen

Betriebsleiterinnen. Diese Ergebnisse entstammen der Befragung der Landwirtschaftskammer, die alle zehn Jahre Österreichs Bäuerinnen zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation befragt. Die Ergebnisse wurden jüngst beim Bundesbäuerinnentag in Alpbach in Tirol vorgestellt.

Eine weitere Kernaussage in der Befragung: Die Bäuerinnen sind größtenteils zufrieden mit ihrer Berufswahl, wünschen sich aber eine partnerschaftliche Betriebsführung. Sieben von zehn Frauen würden sich wieder für den Beruf der Bäuerin in Vollzeit entscheiden.



Foto: pixabay

Bienen sind für unser Ökosystem wichtig

Seit Urzeiten nutzt der Mensch Bienenhonig als natürliches und gesundes Süßungsmittel. Aber nicht nur der dickflüssige süße Wintervorrat macht die Biene für den Menschen wichtig, sondern auch die Rolle der geflügelten Insekten für das Ökosystem. Fast 80 Prozent aller Nutz- und Wildpflanzen werden von der Honigbiene bestäubt. Die restlichen 20 Prozent gehen auf das Konto von Hummeln, Fliegen und anderen Insekten. Die Initiative „Bee Careful“ etwa nennt noch weitere Zahlen zum Nutzen der Biene: „Von 100 Pflanzenarten, die über 90 Prozent der Nahrung der Menschen sicher-

stellen, werden Beobachtungen zufolge 71 von Bienen bestäubt. Weltweit liegt die Wertschöpfung der Biene bei circa 265 Milliarden Euro. Die Bestäubung von Nutzpflanzen durch Bienen erhöht nicht nur den Ertrag, sondern verbessert auch die Qualität der Früchte. Bei heimischem Stein- und Kernobst steigert die Insektenbefruchtung den Fruchtertrag um 40 Prozent.“

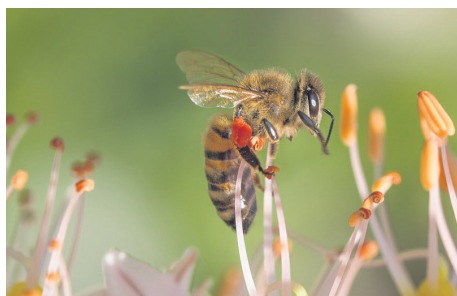


Foto: pixabay

Sicherheitsb Zivilsc

Ein Aufwärtstrend im Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung ist klar erkennbar. Diese Bilanz zieht FPÖ-Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek für die Sicherheitsprävention des vergangenen Jahres. Der OÖ Zivilschutz sei mit seinen vielfältigen Projekten, Beratungen, Veranstaltungen und Informationskanälen auf dem richtigen Weg, den Selbstschutzgedanken in Oberösterreich zu verbreiten. „Die Aufgabe des OÖ Zivilschutzes war und ist es, die

Bio-Boom hält in Oberösterreich an

In Oberösterreich stellen immer mehr Betriebe auf Bio-Landwirtschaft um. Laut Landwirtschaftskammer waren dies allein im letzten Jahr 238 Betriebe. Aktuell gibt es damit in OÖ knapp 4.400 Bio-Bauern, die 84.000 Hektar Grund bewirtschaften - fast 17 Prozent der Nutzfläche.

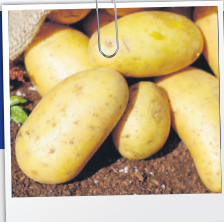


Foto: pixabay

Neuregelung der Katastrophenhilfe

Die Katastrophenhilfe für die Landwirtschaft wird umgestellt: Seit 1996 konnten Bauern bei der Hagelversicherung vorsorgen und erhielten ein Viertel der Prämie erstattet. Zukünftig erhält der Bauer die Hälfte der Prämie, dafür wird der Katastrophenfond nicht mehr zur Verfügung stehen.

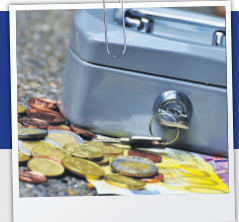


Foto: pixabay



Josef Lindner (OÖ. Zivilschutzverband),
LR Podgorschek, NAbg. Mag. Michael
Hammer (Präsident OÖ. Zivilschutzverband)

Bewusstsein der Bevölkerung gestiegen Schutz gibt viele Tipps

Bürgerinnen und Bürger dahingehend zu sensibilisieren, dass immer ein Krisenfall eintreffen kann und sich jeder selbst bestmöglich darauf vorbereiten muss“, betonte Podgorschek die Wichtigkeit des Zivilschutzes.

Ein Schwerpunktthema im Zivilschutz im Jahr 2016 bildete die Sensibilisierung für das Thema „Blackout“ – ein lang andauernder, großflächiger Stromausfall. Mit einem ausreichenden Lebensmittel- und Getränevorrat sowie technischen Hilfsmitteln sollte jeder Haushalt in Oberös-

terreich ausgestattet sein, um einen solchen möglichen Katastrophenfall leichter überstehen zu können. „Unser Ziel ist es, dass jede Bürgerin und jeder Bürger eine Woche autark leben kann“, erklärte dazu der Zivilschutz-Präsident NR Mag. Michael Hammer, „Es ist noch ein weiter Weg dahin, wir arbeiten aber stetig daran, mit vielen innovativen Projekten, Veranstaltungen und Produkten.“ Der im Jahr 2016 erfolgreich durchgeführte Landeszivilschutztag in Oberösterreich soll heuer zu einem Bundes-

zivilschutztag (7. Oktober 2017) ausgeweitet werden. Alle Bürger werden an diesem Tag dazu aufgefordert, einen Stresstest im eigenen Haushalt durchzuführen und die Sicherheitseinrichtungen sowie den Notvorrat in den eigenen vier Wänden zu überprüfen.

Tipps dazu bieten Broschüren wie „Sicherheit durch Vorrat“. Diese enthält etwa umfangreiche Informationen zur Lebensmittelbevorratung, oder zu Notfallgeräten, die für den Krisenfall in keinem Haushalt fehlen sollten.

Foto: Land OÖ, Ernst Grünberger

Wie sauber sind unsere Badeseen?

Anlässlich des Weltwassertags am 22. März gab FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek einen Überblick über den Zustand des heimischen Wassers. Im Vorjahr gab es bei der Überprüfung von 43 heimischen Badestellen nur zwei Beanstandungen, nämlich bei den Badeseen Waldhausen und Mining. Ursache waren jeweils Einschwemmungen nach Gewittern.

In einer Kooperation der Landesabteilung Gewässerschutz und des Digitalen Rauminformations-Systems DORIS wurde per Luftbild zudem erhoben, dass es allein in Oberösterreich ca. 60.000 Swimmingpools gibt. Auch wirtschaftliche Aspekte wurden angesprochen: Rund 120.000 Arbeitsplätze bundesweit, die meisten davon in Kraftwerken, werden durch die Wasserindustrie erhalten. Die Industriellenvereinigung (IV) veröffentlichte jüngst ein Aktionspapier zur Stärkung der Wasserwirtschaft. Sie rät zum Ausbau der Wasserkraft, außerdem sollte mehr in die Forschung investiert werden, damit mehr neue Technologien auf den Markt kommen. Die IV wünscht sich HTLs mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt. Oberösterreich ist außerdem für seine hervorragende Trinkwasserqualität bekannt. Unser Wasser ist im internationalen Vergleich Spitzenreiter. Neben Quell- und Grundwasser beziehen die Oberösterreichler Trinkwasser aus 34.033 Hausbrunnen.

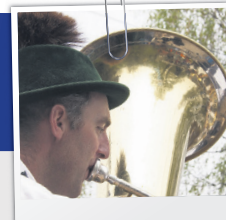
Tolle Führungen im „Berg der Schätze“



Im Mai gibt es regelmäßige Führungen im „Berg der Schätze“ in Altausee. Scheinbar endlos lange Stollen führen in die Tiefen des Bergwerks, pures Steinsalz schimmert in beeindruckenden Farben an den Wänden und präsentiert sich in immer neuen Formen. Näheres unter www.salzwellen.at

Foto: pixabay

Blasmusikfreunde: Auf nach Feldkirchen!



In Feldkirch an der Donau in der Loamgrub Lacken kommen Blasmusikfreunde am 12. Mai auf ihre Kosten. Bei der „Nacht der Blasmusik“ dreht sich alles um die Blechmusik. Unter anderem mit Viera Blech, Blechsalat und den Blech Brass Brothers. Infos: www.nachtderblasmusik.at

Foto: pixabay

Ausstellung zum 100. Todestag des Bauernbefreiers ist gestartet Hans Kudlich zieht in die LK ein

Das Land Oberösterreich ehrt anlässlich des 100. Todestages den Bauernbefreier und Burschenschafter Hans Kudlich mit einer Sonderausstellung. Bis 15. Mai wird die Ausstellung in der Landwirtschaftskammer auf der Gugl in Linz gezeigt, danach im Landhaus.

Hans Kudlich gilt als der größte österreichische Bauernbefreier. Sein Antrag auf Aufhebung der Grunduntertänigkeit 1848 löste die größte Eigentumsverschiebung aus, die Österreich jemals erlebt hatte. Die Bauern wurden zu freien Eigentümern ihres Grund und Bodens, befreit von Robot, Zehent und anderen grundherrlichen Lasten. Kudlich wurde in Österreichisch-Schlesien in Lobenstein

stein als Sohn wohlhabender Bauern geboren und studierte in Wien Philosophie und Jus. Er nahm an der Märzrevolution aktiv teil, musste aber wegen einer Verwundung vorübergehend in seine Heimat zurückkehren. Dort wurde er als jüngster Abgeordneter in den Reichstag gewählt und wurde später bei der Burschenschaft Markomania Prag Mitglied.

Am 24. Juli 1848 stellte er

den berühmten Antrag auf „Aufhebung des Unterthänigkeitsverhältnisses“, der am 7. September zum Gesetz erhoben wurde. Nach dem Scheitern der Revolution floh er zunächst in die Pfalz, danach in die Schweiz wo er 1853 zum Doktor der Medizin promovierte. Im Jahr 1854 wurde er wegen seiner Teilnahme an der 1848er-Revolution in Abwesenheit zum Tode verurteilt



und auf Drängen Österreichs aus der Schweiz ausgewiesen. Er übersiedelte – wie viele ehemalige 1848er – in die USA, wo er sich politisch für die Sklavenbefreiung einsetzte. Nachdem Kaiser Franz Joseph ihn 1867 begnadigte, besuchte er noch einige Male seine Familie in Österreich. Am 10. November 1917 verstarb Kudlich in Hoboken, New Jersey.



Das Trauner Kronenfest

Das Kronenfest ist ein alter Brauch aus Siebenbürgen der in Traun und Wels von den Siebenbürgischen Nachbarschaften neu belebt wurde. Der Jungalknecht eröffnet mit seiner Kronenpredigt nach alter Überlieferung das Fest. Das Kronenfest der Siebenbürger in Traun wird heuer am 21. Mai ab 10 Uhr im evangelischen Pfarrgarten in Traun gefeiert. „Baumstriezel“ und die anderen kulinarischen Köstlichkeiten, Trachten, Musik und Tanz machen das Fest zu einem Erlebnis.

Foto: Karl Gruber - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, Wikimedia

Landwirtschaftskammer rät zum Kauf heimischer Eier

Die Landwirtschaftskammer appellierte pünktlich zu Ostern an die Oberösterreicher, nur Eier aus heimischer Haltung zu kaufen. Hier werden an den Osterfeiertagen knapp zwölf Millionen Oster-eier verzehrt.

Durchschnittlich werden von jedem Österreicher zu Ostern knapp acht Eier verzehrt. Eine Nachfrage, die die 383 oberösterreichischen Betriebe mit 1,1 Millionen Legehennen leicht bedienen können. Ein Zukauf aus dem Ausland ist daher nicht nötig.

Um dem Konsumenten zu ermöglichen, die Herkunft und Haltungsbedingungen selbst kontrollieren zu können, sind wichtige Angaben auf der

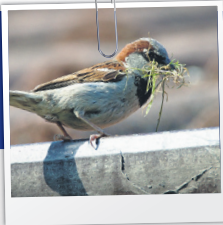
Verpackung bzw. auf dem Ei aufgedruckt: Hinweise auf Boden-, Freiland- oder Bio-freilandhaltung, das Herkunftsland Österreich, der Hinweis „gentechnikfrei gefüttert“ und

der Erzeugercode. Der Konsument kann auf der Homepage www.eierdatenbank.at diesen Erzeugercode in die Datenbank eingeben und erhält umgehend Kontaktdaten des Betriebes.



Foto: pixabay

Handwerksausstellung lockt nach Bad Goisern



Das Handwerkshaus Bad Goisern zeigt im Mai eine Sonderausstellung zu rund 30 oö. Traditionen: von Salzkammergut Vogelfang bis Pechölbrennen im Mühlviertel. Zusätzlich kann ein Blick auf alte Handwerkskunst geworfen werden. Informationen unter www.handwerkshaus.at

Foto: pixabay

Keramikkunst zum Anfassen in Gmunden



Bei Manufakturführungen der Gmündner Keramik kann der Besucher Handwerkskunst hautnah erleben: Drehen, Glasieren, Malen, Flammen und Brennen. Gmündner Keramik bietet einen ausführlichen Einblick in die Herstell- und Malwerkstätten. Weitere Infos unter www.gmundner.at

Foto: Wikimedia, Gmündner Keramik Manufaktur GmbH CC-BY-SA 4.0

Fruchtbarkeits-Symbol Maibaum

Aus den Kulturlandschaften des Alpenraumes ist der Maibaum als Symbol des fünften Monats kaum wegzudenken. In nahezu jedem Dorf und jeder Stadt ist das Aufstellen des geschmückten Stammes zusammen mit diverser Brauchtum, Musik und Volksfesten fest im Jahreslauf verankert. Der Maibaum ist ein Lebens- und Fruchtbarkeitssymbol, der sinnbildlich für alles Werden und Fruchtragen eine Lebensrute darstellt.

Vor dem Mittelalter gibt es keine Belege für den Maibaum-Brauch, was nicht heißt, dass dieses Brauchtum nicht schon älter sein könnte. Erstmals erwähnt wurde das Maibaum-Aufstellen im Jahr 1230, wo es die Aufgabe der weltlichen oberen Bürgerschicht war, einen Baum aufzustellen und zu schmücken. Erst später übernahmen Burschengruppen diesen Brauch, wobei schon damals das Stehrecht nach bestimmten Regeln galt! Für den Schmuck gibt es ebenfalls je nach Region feste Regeln: Oberhalb des geschälten und entasteten Stammes ist ein grüner Wipfel („Kratz‘n“, „Gressing“, „Grotz“) angebracht und zwei oder drei Kränze aus Reisig, die mit bunten Bändern geschmückt und mit Brezeln bestückt sind, hängen an seiner Spitze. In vielen Ortschaften werden auch diverse Wappenschilder oder Symbole der verschiedenen Zünfte angebracht.

Bratn vom Maibock

Zutaten:

1 Zwiebel
1 Karotte
1 Stück Knollensellerie
4 Zweige Thymian
1,2 kg ausgelöster Rehschlägl
Salz
schwarzer Pfeffer (Mühle)
1 TL gemahlene Wildgewürz
2 gute Prisen Mehl
3 EL Pflanzenöl
2 EL Tomatenmark
1/2 l kräftiger Rotwein
1 l Wildfond
1 TL Wacholderbeeren
1 TL schwarze Pfefferkörner
1 TL Speisestärke
2 EL Johannisbeergelee
2 EL Obers
Küchengarn

Zubereitung:

Die Zwiebel, Karotte und Sellerie schälen und in Würfel schneiden. Fleisch waschen und trocken tupfen. Fleisch mit Küchengarn in Form bringen. Mit Salz, Pfeffer und Wildgewürz würzen, mit Mehl einstäuben.

Das Öl in Schmortopf erhitzen, das Fleisch scharf anbraten und dann entnehmen.

Zwiebel, Gemüse und Tomatenmark im Topf 3-4 Min. anrösten. Mit Rotwein ablöschen und 3 Min. einkochen lassen. Zweimal wiederholen. Fleisch wieder in den Topf geben, übrigen Wein und

den Wildfond dazugießen, aufkochen und 3 Min. kochen lassen. Thymian, Wacholderbeeren und Pfefferkörner dazugeben und den Schlägl abgedeckt bei geringer Hitze ca. 2 Std. schmoren.

Fleisch entnehmen, den Saft sieben, auffangen und zurück in den Topf geben, aufkochen lassen. Stärke mit 2-3 EL kaltem Wasser verrühren und unter den Saft rühren, bei mittlerer Hitze ca. 20 Min. sämig einkochen. Johannisbeergelee und Obers dazugeben. Fleisch einlegen und aufkochen, kurz ziehen lassen. Dazu passen Semmelknödel und Rotkraut.

Bioanteil in Kantinen soll weiter steigen

Der deutsche Ernährungsminister Christian Schmidt will den Bio-Anteil beim Essen in Kantinen und Mensas auf mindestens 20 Prozent anheben. Dabei solle auf die Verwendung von regionalen Produkten geachtet werden. Die Bewusstseinsbildung sei ein Schlüssel zur Nachhaltigkeit.



Foto: pixabay

Frankreich setzt auf strenge Kennzeichnung

Mit 1. Jänner hat Frankreich strengere Kennzeichnungen für Fleischprodukte eingeführt. Neben dem Geburtsland muss nun auch das Aufzucht- und Schlachtland auf dem Etikett ersichtlich sein. Nur wenn 100% des Fleisches aus einem Land stammen, reicht dessen alleinige Angabe aus.

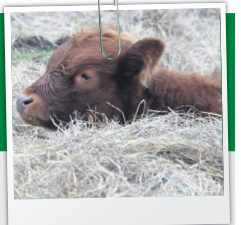


Foto: pixabay

Milde Temperaturen sind Segen für die österreichischen Frühkartoffeln



Foto: pixabay

Durch die milden Temperaturen im März und April entwickeln sich die österreichischen Frühkartoffeln heuer hervorragend.

Das sorgt für eine bessere Situation der heimischen Bauern auf dem Binnenmarkt. Vor allem Frankreich und der Beneluxraum fragen ab Mitte

Mai verstärkt nach. Spätestens wenn Spanien also Anfang Mai auf den Plan tritt, werden hiesige Frühkartoffeln weitgehend verkauft sein. Im

Speisebereich sollte es im Juni unter günstigen Umständen losgehen. Das früh geräumte Lagerkartoffelangebot dürfte dafür sorgen, dass Importe vor der hiesigen Saison zeitig geräumt sein werden. Wie 2016 werden Frühkartoffeln aber vermutlich trotzdem aus dem Mittelmeerraum ab April in nennenswertem Umfang von den Abpackbetrieben zur Versorgung des Lebensmitteleinzelhandels eingesetzt werden müssen. Sowohl in Israel als auch in Ägypten haben sich die Lieferanten darauf eingestellt. Die meisten Kartoffeln aus diesen Ländern werden aber vermutlich nach Russland verkauft.

Auch an den Geschäftspraktiken der Hersteller wird Kritik geübt

UN warnt nun vor Pestizideinsatz

Die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, Hilal Elver, hat zusammen mit ihrem für „gefährliche Substanzen“ zuständigen Kollegen Basak Tuncak, in ihrem jüngsten Pestizidbericht vor einer massiven Ausweitung des Einsatzes von Pestiziden gewarnt.

Zudem werden die Geschäftspraktiken der Hersteller „mit ihren unethischen Praktiken“ scharf kritisiert.

Vor allem in Entwicklungsländern mit niedrigen Sicherheits- und Umweltstandards beugen die Herstellerkonzerne nicht von sich aus den

möglichen Gefahren vor. So endeten jährlich 200.000 akute Pestizidvergiftungen tödlich. „Gefährliche Pestizide belasten Regierungen mit beachtlichen Kosten und haben

katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und die ganze Gesellschaft“, warnt der Bericht. Und weiter: „Agrarpolitik, Handelssysteme und der

Einfluss von Unternehmen auf die Politik müssen hinterfragt werden, wenn eine Abkehr von industriellen Lebensmittelsystemen mit ihrer Abhängigkeit von Pestiziden gelingen soll.“

Der UN-Bericht empfiehlt vor allem ökologische Formen der Landwirtschaft als Lösung für die Welternährung. Hilal Elver fordert in ihrem Bericht, dass Staaten nationale Aktionspläne entwickeln, die Anreize für Alternativen zur chemischen Unkraut- und Schädlingsbekämpfung setzen und verbindliche Reduktionsziele mit klaren Zeit- und Zielvorgaben vorsehen.



Foto: pixabay



Fleischmarkt bleibt ausgewogen: Kältewelle hat aber Einfluss auf das Geschäft mit Grillartikeln

Auch nach Ostern bleibt die Nachfrage nach schlachtreifen Schweinen hoch. Der traditionell niedrigere Fleischkonsum vor den Osterfeiertagen hat das stabile Preisgefüge am Markt nicht negativ beeinflusst. Der Beginn der Spargelsaison steigert zudem die Nachfrage nach Schinkenprodukten. Der jüngste Kälteeinbruch hat aber Einfluss auf das Geschäft mit Grillartikeln. Die Mastschweine-Notierung am Fleischmarkt liegt derzeit bei gut 1,70 Euro/kg Schlachtgewicht.

Foto: pixabay



Foto: pixabay

Wenn mit Atombomben auf Spatzen geschossen wird: Neue Verordnung bedroht die Existenz vieler Kleinbetriebe

Seit Anfang 2014 sind Fälle der Afrikanischen Schweinepest (ASP) aus Polen bekannt, Österreich ist nach wie vor nicht betroffen. Seit Anfang des Jahres ist eine neue Verordnung in Kraft, welche die österreichischen Schweinebetriebe in die Pflicht nimmt.

Die Begründung des Gesundheitsministeriums zur Notwendigkeit der Schweinegesundheitsverordnung lautet: „Durch verstärkte Vernetzungen von Handelsströmen und die Erhöhung der Wildschweinedichte in Europa ist das Risiko der Einschleppung bzw. Weiterverbreitung von Krankheiten gestiegen.“ Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) sieht das Risiko einer Einschleppung hauptsächlich „durch den

Vertrieb von Rohfleisch- und Rohwurstprodukten von infizierten Haus- und Wildschweinen aus den betroffenen Ländern und durch kontaminierte Fahrzeuge, die aus den betroffenen Regionen kommen“. Mit der neuen Verordnung wurden allerdings Maßnahmen festgesetzt, die heimischen Schweinebauern, egal ob groß oder klein, zur Verhinderung einer Ausbreitung der ASP umzusetzen haben. Vor allem viele kleine Betriebe und Betriebe mit Freilandhaltung stehen somit vor einer erneuten finanziellen Herausforderung. Betroffene Bauern sind wütend: „Hier wird mit Atombomben auf Spatzen geschossen. Die Afrikanische Schweinepest steht schon seit 15 Jahren vor den Toren Europas!“, so Johann Stingmayr, Verband landwirtschaftlicher

Veredelungsproduzenten, zum Werdegang der Verordnung im Interview mit dem „Landwirt“: „Bis zum Schluss hat eine Sorge überwogen: ob die Verordnung tatsächlich für die breite Masse der Schweinebauern in Österreich praxisverträglich ist. Das heißt, ob man nicht das Risiko eingeht, dass eine massive Aufgabe der Produktion stattfindet.“ Werden mit dieser Verordnung bewusst kleinere Betriebe aus der Produktion gedrängt? Die Strukturveränderung, hin zu immer größeren Betrieben, schreitet jedenfalls unaufhaltsam voran. Der „Verein gegen Tierfabriken“ hat dagegen keine Einwände, er sieht hingegen das Hauptproblem der Verordnung in der Erhöhung des Bußgeldes, das bei ungebetenem Betreten des Betriebes fällig wird.



Hoch am Berg...

Anschlag auf Kleinbetriebe

Die mit 1.1.2017 in Kraft getretene Schweinegesundheitsverordnung ist vom Gesundheitsministerium unter Mithilfe der Landwirtschaftskammer ausgearbeitet worden. Das fatale an der Geschichte: Man hat hier bei den Großbetrieben, als auch bei kleinen „Hobbybetrieben“ die gleichen Maßstäbe angesetzt. Außer bei den Übergangsfristen! Bei den großen Betrieben gibt es großzügige Übergangsfristen bis 2025, Betriebe unter 5 Zucht- oder 30 Mastschweinen müssen alle Anforderungen bis zum

Rudolf Dilly

31.12.2017 erfüllt haben, was praktisch unmöglich ist, da es dafür noch keine genauen Richtlinien gibt. Besonders gravierend sind die Auflagen für die Freilandhaltung. Hier sind Investitionen notwendig, die in die zehntausende Euro gehen könnten. Das könnte das Ende für den derzeit wachsenden Betriebszweig bedeuten. Viele Betriebe sind wegen des Trends zur Freilandhaltung wieder in die Schweinehaltung eingestiegen, von dem wiederum kleine Schlachtbetriebe profitieren. Nicht nur kleine regionale Wirtschaftskreisläufe mit höchster Konsumentenakzeptanz haben davon einen Nutzen. Diese extensive Haltungsweise ist auch die letzte Überlebenschance für alte, vom Aussterben bedrohte Schweinerassen. All das will man mit dieser völlig überzogenen Verordnung zerstören? Wo bleibt der Aufschrei der Bioverbände oder der Tierschutzorganisationen? Unsere Empfehlung für dieses unüberlegte Machwerk: Ab in den Mistkübel und zurück an den Start!

Zum neuen öö. Jagdgesetz

Beratung für Wildverbiss

Das neue öö. Jagdgesetz sieht vor, dass die Wildschadensregulierung neu organisiert wird. Dazu bietet die Landwirtschaftskammer zum 1. März eine kostenlose Wildschadensberatung für Grundeigentümer an. Ansprechpartner wird zunächst DI Wolf-Dietrich Schlemper sein. Da die LK in Oberösterreich eine große Nachfrage ortet, wird es zukünftig noch einen zweiten Berater geben.

Hintergrund ist die Regelung im neuen Jagdgesetz, dass Grundbesitzer nun für überhöhte Forderungen bei Wildschäden zur Kasse gebeten werden. Im Detail muss der Grundbesitzer bei Forderungen, die mehr als doppelt so hoch wie der tatsächliche Schaden sind, anteilmäßig die Gerichts- und Sachverständigenkosten tragen. Für den eigentlichen Wildschaden kommt der Jagdpächter auf. Das Prozessrisiko für alle Beteiligten wird damit verringert. Normalerweise einigt man sich aber außergerichtlich.



Die neue Beratungsmöglichkeit für Grundbesitzer soll daher vor allem vermeiden, dass überhöhte Forderungen an die Jäger gestellt werden und das Verhältnis durch die unabhängigen Berater versachlichen. Damit ist OÖ in der Wildschadensberatung und -vermeidung bundesweit Vorreiter. Die neue Beratung kann entweder über den Forstberater der jeweiligen Bezirksbauernkammer oder gleich direkt in der Landwirtschaftskammer in Linz angefordert werden.

Foto: pixabay



Borkenkäfer treiben Schadholzmenge auch 2016 weiter in die Höhe

Wie das Bundesforschungszentrum für Wald (BFW) meldet, gab es für das vergangene Jahr keine Entspannung bei den Borkenkäfer-Schadholzmengen. Um 200.000 auf insgesamt 2,63 Mio. fm ist die Schadholzmenge 2016 angewachsen. Den größten Anteil mit 2,2 Mio. fm hatte dabei der Buchdrucker. Auch für 2017 kann das BFW keine Entwarnung geben: die Ausgangspopulationen seien wieder sehr hoch, der sehr kalte Jänner konnte die Käfer nicht ausreichend dezimieren.

Foto: pixabay



Die Datensammelwut in unseren Wäldern

Der Wald ist Objekt der Datensammlung für viele interessierte Spieler geworden. Die Finanzämter, verschiedene Behörden und NGOs wissen oftmals mehr über Waldflächen als deren Besitzer. Eine Unmenge an digitalen Daten über den Wald sind inzwischen für jeden verfügbar. Gleichzeitig machen viele Waldbesitzer die Erfahrung, dass Waldeigentum mit immer weniger Rechten verbunden ist. Sei es die jüngste Diskussion um die Öffnung von Forststraßen für Radfahrer, oder die Rücksichtslosigkeit anderer Naturnutzer, wenn es um fremdes Eigentum geht.

Anlässlich der „Jännerggespräche“ in der FAST Pichl diskutierten zu diesem schwierigen Thema Teilnehmer aus verschiedenen Bereichen. Die Landwirtschaftskammer war ebenso vertreten, wie etwa der Landesforstdienst der Steier-

mark oder andere Forstsachverständige. Vor allem das „Airborne-Laserscanning“ in Kombination mit Daten der Österreichischen Waldinventur schaffe den „gläsernen Wald“. So könne etwa das Alter und der Zustand von Waldflächen detailliert festgestellt werden, ohne den Wald betreten zu müssen.

Auch die Umweltinformationsgesetze der Länder räumen in vielen Bundesländern den Naturschutzbehörden oder von diesen beauftragten Personen (das können auch NGOs sein) das Recht ein, ohne Erlaubnis des Eigentümers Waldflächen zu betreten und Erhebungen durchzuführen. Dies ist etwa der Fall, wenn dort schützenswerte Habitate oder Ökosysteme vermutet werden. Ernüchternd: In vielen Belangen ist der Waldbesitzer inzwischen immer mehr Eigentumsbeschränkungen unterworfen.



Mühlviertler Fichte gefährdet

Durch den Anstieg der Temperaturen könnten die Fichtenbestände im Mühlviertel bedroht sein. „Vor allem in Risikoregionen ist die Waldbewirtschaftung ein wichtiger Faktor, um den Wald klimafit zu machen“, sagte Peter Mayer, Leiter des Bundesforschungszentrums für Wald (BFW) gegenüber den Oberösterreichischen Nachrichten. Vor allem an Standorten, die jetzt schon Probleme mit den klimatischen Bedingungen haben, seien gravierende Auswirkungen zu erwarten. Vor allem eine angepasste Bewirtschaftung mit Durchmischung der Bestände sei wichtig: Tanne, Buche und Ahorn würden an Bedeutung gewinnen.

Foto: pixabay

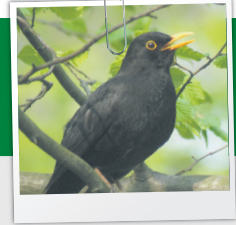
Unsere Sauen strahlen seit über 30 Jahren



Auch 30 Jahre nach Tschernobyl ist Wildschweinfleisch oft radioaktiv belastet. 15 von 16 Proben aus Österreich überschritten den EU-Grenzwert. Schädlich sei der häufige Verzehr aber dennoch nicht, ein Flug von Wien nach New York bringe mehr Strahlenbelastung, als Wildfleisch, so die AGES.

Foto: pixabay

„Amselsterben“ greift weiter um sich



Das Usutu-Virus – auch Amselsterben genannt – breitet sich weiter aus. Vor allem Wien und Niederösterreich sind betroffen. Andere Arten, wie Stare, Sperlinge aber auch Kanarienvögel können befallen sein. Experten glauben, dass das Virus von Zugvögeln aus Afrika eingeschleppt wurde.

Foto: pixabay

Ein Pilz breitet sich seit etwa 1922 von Ostasien nach Europa aus Das „Falsche Weiße Stängelbecherchen“ lässt die Eschenbestände schrumpfen

Experten der Bundesforschungsanstalt für Wald (BFW) gehen davon aus, dass die heimischen Eschenbestände weiter stark schrumpfen werden. Der Grund: Seit etwa 1992 breitet sich ein Pilz mit dem Namen „Falsches Weißes Stängelbecherchen“ (Hymenoscyphus fraxineus) von Ostasien nach Europa aus.

Er lässt innerhalb weniger Jahre Äste und Zweige in den Eschenkronen absterben und schädigt die Rinde. Der Baum stirbt und über die toten Blätter, die zu Boden fallen, verbreiten sich die Sporen des Pilzes mit dem Wind weiter. Erste Anzeichen des Eschentriebsterbens sind unregelmäßige Farbveränderungen an den Blattspreiten. Später werden braune Rindennekrosen an den Trieben sichtbar, die im unbelaubten Zustand sehr deutlich zu erkennen sind.

Triebumfassende Rindennekrosen unterbrechen die Wasserversorgung des Astes, so dass Pflanzenteile oberhalb der Nekrose welken und absterben. Die so geschwächten Bäume werden anfälli-

ger für sekundäre Schadorganismen, wie Hallimasch und Eschenbastkäfer. Zusätzlich faulen die Wurzeln unmittelbar am Stamm ab, sodass der Baum den Halt verliert und schnell umfallen kann – eine große Gefahr für Spaziergänger vor allem, wenn Schnee oder Wind die Bäume zusätzlich belastet.

In den Auwäldern entlang der Donau etwa in Niederösterreich mussten daher heuer schon etliche Waldstücke gesperrt werden. Waldbesitzer kontrollieren ihre Eschenbestände daher inzwischen regelmäßig, um Gefahren für Waldbesucher zu minimieren.

Für die Forstwirtschaft ist der Rückgang der Esche ebenfalls deutlich spürbar. Die Esche wird vor allem in der Möbelindustrie nachgefragt. Doch auch die Auswirkungen auf das Ökosystem sind nicht zu unterschätzen: Die Esche leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität von Laubwaldbeständen. Forscher setzen ihre Hoffnung nun in die gegen den Pilz immunen Individuen. Bis zu drei Prozent

der Bäume weisen nämlich keine oder nur geringe Schädigungen auf. Die Forscher gehen also davon aus, dass manche Eschen eine genetisch bedingte Resistenz aufweisen. Diese Eschen kommen aber nur vereinzelt vor und sollen daher etwa in den Versuchsgärten in Tulln (NÖ) gezielt vermehrt werden.

Auch über die Einführung von ostasiatischen immunen Eschen wird nachgedacht. Thomas Cech vom BFW sagte in einem Interview mit dem ORF: „Diese Bäume sind kaum beeinträchtigt. Der Pilz, der in Europa ganze Bäume tötet, lässt beim asiatischen Pendant vielleicht ein paar Blätter braun werden.“ Dabei schätzt Cech, dass die heimischen Eschenbestände auf bis zu zehn Prozent des jetzigen Bestandes zurückgehen könnten. Das entspreche aber vermutlich dem natürlichen Bestand, denn die Esche sei in den 1950er und 1960er Jahren stark aufgeforstet worden – und das auch an Standorten, die nicht geeignet seien. Das würde sich jetzt rächen.



Foto: pixabay

Landwirtschaftliche Nutzfläche sinkt pro Tag Österreichs alarmieren

Im Jahr 2217: Der Bauer steht auf seinem Feld und wirft die Stirn kraus in Falten. Nicht Kornblumen, Mohn und Raden sind der Grund seines Unmutes, es ist der Enteignungsbescheid. Ein neuer Supermarkt ist von höherem Interesse für die Allgemeinheit, als

seine kleine Landwirtschaft. Nahrungsmittel werden heute nur noch in Gunstlagen, außerhalb Österreichs, in hochproduktiven Industriebetrieben erzeugt. Er geht nach Hause, blättert in seinen Büchern und erinnert sich an die Worte seiner Ahnen...

„Es gibt in der ganzen Natur keinen wichtigeren, keinen der Betrachtung würdigeren Gegenstand als den Boden!“, beschreibt Friedrich Albert Fallou (1794-1877), Wegbereiter der modernen Bodenkunde, die Bedeutung der nährenden Scholle.

Grundlage des Lebens

Der Boden ist der schmale Grenzbereich der Erdoberfläche, in der sich Erdkruste, Wasser, Luft und Lebewesen treffen. Er ist die Grundlage des Lebens, sein Wert ist nicht in Zahlen zu fassen. Die Nutzung des Bodens hat die Kultur der Völker und auch die Politik geprägt. Kriege wurden und werden um Grund und Boden geführt.

Der Boden ist nicht nur die Grundlage der Nahrungsmit-

telproduktion, es kommt ihm auch eine große Bedeutung zur Sicherstellung von sauberem Trinkwasser zu. Durch seine Filterfunktion kann er aus Regenwasser sauberes Trinkwasser produzieren und durch die Speicherfunktion reguliert er den Wasserhaushalt einer Landschaft. Je mehr Verbauung stattfindet, umso weniger kann der Boden als Speicher dienen. Die Folgen zeigen sich in Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen oder Dürreperioden.

Fehler mit Folgen

Durch unbedachtes Handeln und falscher politischer Rahmenbedingungen kann in kürzester Zeit, im Vergleich zur Entstehungszeit, Boden unwiederbringlich verloren gehen. Im Jahr 1990 machte Dr.

Ulrich Gisi, im Standardwerk „Bodenökologie“, auf die Verschwendung von Boden aufmerksam: „Der Boden ist in den letzten Jahren vermehrt ins Zentrum der öffentlichen Diskussionen geraten. Durch vielfältige Bauvorhaben wird die nutzbare Bodenfläche im-

Kein Umdenken

mer mehr eingeschränkt und der Boden irreversibel geschädigt.“ Doch all diese Diskussionen scheinen kein Umdenken gebracht zu haben, wie es ein Viertel Jahrhundert später Studien dokumentieren sollten. Etwa 40 Prozent (ca. 32.900 km²) der Landesfläche Österreichs gelten als besiedelbar. Von 1951 bis 2013 hat sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 1,35 Millionen Hektar reduziert, das

entspricht einem Drittel der Fläche von 1951 (Statistik Austria). Durchschnittlich 157 Hektar pro Tag sind alleine in den 10 Jahren von 2003-2013 einer anderen Widmung zugeführt worden. Laut „Bodenatlas 2015“ werden etwa 22 Hektar pro Tag verbaut, vier Hektar davon werden versiegelt. Außerdem wird auf eine

Enormer Bedarf...

neue Tendenz hingewiesen: Die Verbauung in der Kategorie „Sonstige“ steigt stark an. Etwa 12,4 Hektar pro Tag, mehr als die Hälfte des gesamten täglichen Verbaus, sollen derzeit für Werksgelände, Lagerplätze, Friedhöfe und dergleichen benötigt werden. Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, empfiehlt dringend zu handeln: „Die Verbauung von durchschnittlich 20 Hektar (30 Fußballfelder) pro Tag während der letzten 10 Jahre gefährdet die Versorgung Österreichs mit heimischen Lebensmitteln



um 157 ha - 22ha werden verbaut der Bodenverlust

und gleichzeitig den Bestand von 500.000 Arbeitsplätzen rund um die Landwirtschaft. Wenn wir das hochrechnen, diese Entwicklung, dann gäbe es in 200 Jahren in Österreich keine Agrarflächen mehr.“ Interessant ist der Vergleich der Bautätigkeit mit anderen Ländern: Österreich verliere etwa 0,5 Prozent seiner Agrarflächen pro Jahr, Deutschland 0,25 Prozent und Tschechien 0,17 Prozent. Österreich verbaut demnach doppelt so viel

...trotz Leerständen

Fläche als Deutschland. Hinzu kommt, dass nach Schätzungen des Umweltbundesamtes 50.000 Hektar an Gewerbe- und Industrie- und Wohnungen leer stehen. Pro Jahr soll sich die Fläche der Leerstände um weitere 1.100 Hektar erhöhen. Diese Zahlen veranlassten die Österreichische Hagelversicherung eine Studie zur Wiederbelebung

brachliegender Immobilien in Auftrag zu geben, „um so das Zubetonieren Österreichs zu verlangsamen“. Weinberger

Abgabe als Lösung?

schlägt deshalb vor, eine Abgabe auf neu verbaute Flächen einzuheben, die dann dazu verwendet werden könnte, um diese Leerstände entsprechend zu fördern. Bestehende Ressourcen würden so wieder einen wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Abschließend soll folgende Tatsache, die die Ernährungssicherheit betrifft, zum Nachdenken anregen: Laut „Konzernatlas 2015“ soll Österreich

gig. Was das im Falle einer etwaigen Krise bedeuten würde, beschrieb Udo Ulfkotte in seinem Buch „Was Opa und Oma noch wussten“: „Wir leben von weltweiten Importen und täglich rollenden Lebensmitteltransportern. Einige wenige Supermarktketten sichern die Versorgung der städtischen Zentren.“

Mangelndes Wissen

Gleichzeitig haben wir höchstens Vorräte für vielleicht zwei, drei Tage, können wenig selber kochen und wissen gar nicht mehr, wie und wo unsere Lebensmittel produziert werden. Sich selbst zu versorgen, diese

Fast 60 Prozent der für den europäischen Konsum genutzten Flächen liegen außerhalb der EU.

Aus dem „Bodenatlas 2015“

für den Konsum landwirtschaftlicher Produkte, doppelt so viel Land im Ausland, als im Inland beanspruchen. Die Ernährung von Herrn und Frau Österreicher ist somit zu zwei Dritteln vom Ausland abhän-

gen, diese Fähigkeit ist uns gänzlich abhandengekommen. Kommt es zu Engpässen, sitzen wir in der Falle. Und die Wahrscheinlichkeit, dass aus der Wirtschafts- und Finanzkrise eine Versorgungskrise entsteht, ist beängstigend groß.“

◁ Obwohl 50.000ha an Gewerbe- und Industrie- und Wohnflächen sowie Wohnungen leer stehen, wird in Österreich mit fatalem Tempo weitergebaut.

In Österreich werden täglich 22ha Grund und Boden verbaut. Das entspricht einer Fläche von circa 30 Fußballfeldern. Vier Hektar davon werden versiegelt. ▷

Die Österreichische Hagelversicherung hat eine Studie zur Wiederbelebung brachliegender Immobilien in Auftrag gegeben. ▷



Fotos (3): pixabay

Ährensache



Boden- Verschwendung

Täglich werden in Österreich 22 ha land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen versiegelt, also bebaut - Gebäude, Gewerbe und Privatstraßen, Autobahnen. Grund und Boden ist ein nicht zu vermehrender Bestandteil der Erde. Er dient der Filtration und Speicherung von Wasser und ermöglicht die Grundversorgung mit Lebensmitteln. Mit gesunden Böden haben und sichern wir unser gutes Trinkwasser. Bei so manchen Neubauten oder Straßen, einschließlich der dazugehörigen Straßenanlage, hat man manchmal

Alois Ganglmayr

das Gefühl, dass man auf die Wichtigkeit des Bodens vergisst. Die Bodenversiegelung schreitet maßlos voran. Bei Neubauten in Gewerbe oder Industrie, wäre daher eine in die Höhe gezogene Bauweise zwingend gesetzlich vorzuschreiben. Parkdecks für Mitarbeiter- und Kundenparkplätze sollten forciert werden.

Ist Grund und Boden nur mehr für Bauland wichtig? Die Immobilienertragssteuer bei Bauland ist eine sehr gute Einnahmequelle für den Staat (Finanzminister). Oder ist Grund und Boden zu billig? Das würde die überdimensionierten Flächen für straßenbegleitende Maßnahmen bei manchen Straßenbauten erklären. Dabei gehen vor allem Agrarflächen für die landwirtschaftliche Produktion verloren. Grund und Boden sollte nicht nur nach dem Steueraufkommen und der Arbeitsplatzsicherung bewertet werden, sondern auch als Lebensgrundlage für eine gesunde Lebensmittelproduktion und Trinkwasserschutz verstanden werden.



◁ Großer Andrang beim Bauernstammtisch der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ mit zahlreichen Ehrengästen: LAbg. Silke Lackner, Bgm. Harald Piritsch, LAbg. Mike Gruber, LH.-Stv. Manfred Haimbuchner, LAbg. Franz Graf, LAbg. Sabine Binder und der 2. LT-Präs. Adalbert Cramer ▷



Gut besuchter Viertelstammtisch der Kehrtwende in der Agr

Seit vier Jahren in Folge nehmen die österreichischen Bauern nun schon ein Einkommensminus hin. Im Durchschnitt verdienen die Landwirte im Monat nur noch 1.320 Euro brutto. Das bewegt sich irgendwo zwischen Armutsgrenze und Mindesteinkommen und ist der Turbo für das Bauernsterben.

Mit dieser ernüchternden Feststellung eröffnete der freiheitliche Landesagrarsprecher Franz Graf sein Referat, um aber gleich klar zu stellen: „Angesichts des Knowhows und des täglichen Fleißes unserer Land-

Heimische Qualität

wirte in Feld und Stall und der Qualitätsprodukte und Kulturlandschaft die daraus entstehen, ist der Einkommensverlust der Bauern hochgradig ungerecht!“

Die Interessenvertretung der Bauern lasse diese Entwicklung aber offensichtlich kalt, so Graf. Der Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Österreich, Josef Plank, stelle etwa zu Beginn des heurigen Jahres nur lapidar fest, dass die Kammer nur davon ausgehe, dass bis zum Jahr 2025 ein Viertel der österreichischen Bauern ihren Betrieb aufgeben würden. Aktuelle Umfragen unter Landwirten zeigen deutlich, dass nur mehr 25 Prozent der Befragten

eine positive Zukunft für ihren Berufsstand sehen. Auch die hohe Politik zeigt sich gegenüber den Interessen der Bauern offenbar gleichgültig: „Was sagt der Landwirtschaftsminister zur aktuellen Situation der Bauern? Sein knochentrocke-

Böse Unterstellungen

ner Kommentar ist: Wir sind auf dem richtigen Weg. Und der Finanzminister unterstellt den Bauern im Zuge der Diskussion um die Rückvergütung des Agrardiesels pauschal Steuerhinterziehung“, so Graf weiter. Überall in Gesellschaft und Politik könne man inzwischen die nicht vorhandene

Wertschätzung gegenüber den Bauern beobachten. Daher sei dringend eine Kehrtwende in der Agrarpolitik notwendig, um die Situation der Bauern zu verbessern. Es gelte vor allem vier Punkte anzugehen: Ausgleichszahlungen und Förderungen erzeugten einen unnatürlichen Wachstumszwang und müssten daher dringend reformiert werden.

Ja zu Quoten

Produktionsquoten, die der Marktstabilisierung dienen, wie etwa bei Milch und Zucker, seien auch weiterhin notwendig. Eine umfassende Reform der Kennzeichnungspflicht

Ausgleichszahlungen und Förderungen überprüfen

Ausgleichszahlungen der EU beurteilen jedes Hektar, egal welcher Lage und Qualität, europaweit gleich. So wird mit Förderungen ein Wachstumszwang ausgelöst, der die Bauern zwingt zu investieren, um immer größer zu werden. Reformen sind daher längst überfällig!



Produktionsquoten mit Hausverstand umsetzen

Die Abschaffung der Produktionsquoten zur Preisstabilisierung des nationalen Marktes, etwa bei Milch und Zucker, war ein großer Fehler und hat den Bauern massiv geschadet. Nationale Produktionsquoten können aber sinnvoll sein, um den Inlandsmarkt im Gleichgewicht zu halten.



Kritisierte die verfehlte Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte scharf: Der Chef der Freiheitlichen Bauernschaft OÖ, LKR Franz Graf



Fotos (3): Der Freie Bauer



Freiheitlichen Bauern in Steinhaus Agrarpolitik ist notwendig

nach dem Schema „Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“ gehöre eingeführt, damit hohe Qualität auch einen fairen Preis rechtfertigt. Gleichzeitig solle es aber auch Preisaufschläge für Produkte mit niedriger Qualität geben. Und die Wertschätzung der Bauern in der Gesellschaft, sowie das Selbstbewusstsein der Bauern müssten mit verschiedenen Maßnahmen dringend verbessert werden. „Optimismus bei den Bauern ist durchaus da, wenn man genau diese neuen Wege in der Agrarpolitik mutig beschreitet“, schloss Graf sein Referat.

Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner stellte zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass freiheitliche Agrarpolitik nicht polemisch sei, sondern stattdessen beinhalte Sachpolitik. Als Naturschutzreferent machten Haimbuchner

tern hinreichend geklärt ist, geht ganz klar zu Lasten der kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Strukturen und somit zu Lasten der Menschen und der Wirtschaft“, so Haimbuchner. „Ich sehe es als Politiker für selbstverständlich an,

heit zwischen Mensch und Natur. Gerade deshalb spreche ich mich vehement gegen zwangsweise großflächige Nominierungen von Schutzgebieten aus.

„Eine umfassende Reform der laxen Kennzeichnungspflicht ist überfällig

Landwirtschaftskammerrat und LAbg. Ing. Franz Graf

vor allem die Auswirkungen der „Natura 2000“ auf die heimische Landwirtschaft Sorgen. „Eine zwangsweise, großflächige Vorschreibung von Schutzgebieten, wo nicht einmal das Vorhandensein von Schutzgü-

mich hier klar und unmissverständlich vor unsere Landwirte zu stellen und sie zu schützen. Sie pflegen und bewirtschaften dieses Land und zugleich leisten sie durch freiwillige Kooperationen einen großen Beitrag zum Naturschutz. Wir sorgen für eine wohlgedachte Ausgewogen-

Problemstelle Brüssel

Man muss das Ziel gemeinsam mit Hausverstand und Augenmaß erreichen.“ Trotz der derzeit informell vorliegenden sehr umfassenden Forderungsliste seitens der EU, die weit über das ursprüngliche Mahnschreiben hinausgeht, werde Haimbuchner versuchen, ein für Oberösterreich vertretbares Verhandlungsergebnis mit der Europäischen Kommission zu erzielen.

Produktkennzeichnung endlich verbessern



Eine strengere Kennzeichnung nach dem Schema „Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“, erschließt neue Märkte. Produkte mit geringer Qualität müssen erkennbar sein. Die höhere Qualität der heimischen Produkte rechtfertigt für den Verbraucher dann auch faire Preise für unsere Bauern.

Foto: pixabay

Bauern brauchen Selbstvertrauen

Foto: pixabay



Die Wertschätzung für unsere Bauern muss nicht nur in der Gesellschaft verbessert, sondern auch das Selbstvertrauen in der Bauernschaft gestärkt werden. Schüler sollten beispielsweise Betriebe kennenlernen, Bauern müssen sich ihres Wertes für unser Land wieder bewusst sein.



Aus dem Landhaus

Natura2000 mit Hausverstand

Naturschutzgebiete tragen einen wichtigen Teil zum Erhalt unserer Arten und Lebensräume bei, daran besteht kein Zweifel. Aber wo viel Licht ist, fallen auch Schatten – in diesem Fall der Schatten der zwingenden, aber nicht unbedingt notwendigen großflächigen Ausweisung von „Natura 2000“-Schutzgebieten. Überall dort, wo Zwang herrscht, ist es meist schwer, sich mit der Sache zu identifizieren und entsprechend positiv mitzuarbeiten. Dies insbesondere dann, wenn auf Quantität statt auf Qualität gesetzt wird.

Manfred Haimbuchner

Oberösterreich hat seit 2014 nach dem Willen der EU insgesamt 20 neue „Natura 2000“-Schutzgebiete nominiert. Die Summe der Maßnahmen hätte 2016 in einem Bewertungsseminar mit der EU-Kommission erörtert werden sollen, welches aber ohne Angabe von Gründen abgesagt wurde. Anstatt sich um einen Folgetermin zu bemühen, wurde seitens der EU das gesamte Paket „Natura 2000“ aufgeschlüsselt und eine Mängelliste übermittelt, die weit über die ursprünglichen Beanstandungen hinausgeht und massive Auswirkungen auch auf Oberösterreich haben wird. Naturschutz sollte auf Hausverstand und freiwilliger Mitarbeit fußen. Eine zwangsweise, großflächige Vorschreibung von Schutzgebieten, deren Schutzgüter oft nicht definiert sind, geht ganz klar zu Lasten der kleinbäuerlichen Strukturen. Ich sehe es daher für selbstverständlich an, mich hier klar vor unsere Landwirte zu stellen und sie zu schützen.



LK-Oberösterreich: Die Türkei kauft heuer weniger Rinder in der EU

„Der Export lebender Rindern aus der EU, der in den vergangenen Jahren einen regelrechten Boom erlebte, ist in den ersten beiden Monaten dieses Jahres teilweise ins Stocken geraten, berichtete „Agra-Europe“. Nach Angaben der EU-Kommission wurden im Jänner und Februar 2017 insgesamt 115.480 Rinder in Drittländer verkauft, das waren um fast 20.000 Tiere weniger als im Vorjahreszeitraum“, teilt die LK OÖ mit.

Foto: pixabay

Interview: Franz Graf über die Hint

„Das ist Rufschädi

Im Interview kommentiert Landesagrarsprecher Franz Graf die Unterstellungen des Finanzministers gegenüber der Bauernschaft. In einem Schreiben an die LK-OÖ wirft der Minister den Landwirten pauschal vor, die Mineralölsteuer sei von ihnen „unbestritten teilweise gar nicht entrichtet worden (z.B. durch treibstoffsparende Bewirtschaftung oder der Verwendung von Biodiesel oder der illegalen Verwendung von Treibstoff)“.

Was ist der Hintergrund des Streites um den Agrardiesel?

Franz Graf: Mit dem Verbrauchsjahr 2012 ist die gedeckelte Mineralölsteuer-Rückvergütung für Landwirte, der sogenannte „Agrardiesel“ ausgelaufen. Bei der derzeitigen desolaten Lage vieler Landwirte, wäre dies immerhin eine kleine Entlastung für die Betriebe. Die Freiheitliche Bauernschaft forderte seit dem Auslaufen des „Agrardiesels“ wiederholt die Wiedereinführung.

Im vergangenen Jahr hat die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ nun erneut eine Resolution zur Wiedereinführung an den Finanzminister gerichtet.

Wie hat das Finanzministerium reagiert?

Franz Graf: Im Dezember des vergangenen Jahres kam ein Brief aus dem Ministeri-

um, in welchem den Bauern pauschal Steuerbetrug vorgeworfen wurde. Wörtlich

hieß es dort, dass die Mineralölsteuer von den Landwirten unbestritten teilweise nicht entrichtet worden sei, oder dass die Bauern illegale Treibstoffe verwenden würden. Eine unerhörte Pauschal diffamierung der hart arbeitenden österreichischen Bauern, die die Freiheitliche Bauernschaft auch sofort und scharf verurteilt hat. Festhalten muss man jedenfalls, dass unsere Bauern mit Sicherheit nicht illegal Heizöl tanken. Unsere Bauern müssen seit Jahren Einkommensverluste hinnehmen und viele Höfe schließen, weil es sich einfach nicht mehr ausgeht. Steuergerechtigkeit ist ja schön und gut, aber dann muss das auch für alle gleich gelten!

Gab es auf die Kritik eine Antwort aus dem Ministerium?

„Eine unerhörte Pauschal diffamierung der hart arbeitenden österreichischen Bauern“

LKR Franz Graf zu den Anschuldigungen des Ministeriums

Franz Graf: Zunächst hat eine Sprecherin von Minister Schelling geleugnet, dass



es ein solches Schreiben des Ministers überhaupt gäbe. Es mag schon richtig sein, dass der Minister nicht der persönliche Verfasser des Schreibens war, aber gezeichnet ist „Für den Bundesminister“. Daher muss sich Minister Schelling auch die Pauschalverurteilung eines ganzen Berufsstandes und die mangelnde Wertschätzung für die Landwirte zuschreiben lassen. Übrigens gab es dazu bis heute keine weitere Reaktion vom Finanzminister. Und seine ÖVP-Parteifreunde und der Bauernbund halten sich ob dieser unbewiesenen



FB-Graf übt heftige Kritik an LK-Boss Reisecker: GAP zerstörte Kleinbetriebe!

Laut einer Presseaussendung will die Landwirtschaftskammer OÖ die bäuerlichen Familienbetriebe gezielt stärken. Als Mittel für dieses Ziel sieht LK-Präsident Franz Reisecker vor allem die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU. „Dass die GAP seit ihrer Initiierung vor über 50 Jahren genau das Gegenteil bewirkt hat, nämlich die Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen, scheint Präsident Reisecker entgangen zu sein“, kritisiert der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, Franz Graf.

Foto: pixabay

ergründe des Agrar-Diesel-Streits gung der Bauern“



Foto: pixabay

und haltlosen Unterstellungen mit Kritik auch brav zurück. Natürlich: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

Auch um die Veröffentlichung des Schreibens gab es Streit. So behauptete der UBV, die Freiheitliche Bauernschaft habe sich einen Maulkorb umbinden lassen. Was hat es damit auf sich?

Franz Graf: Wir wissen ja aus Erfahrung, dass der UBV und seine Vertreter immer sehr laut und oftmals auch unbeherrscht auftreten. Auch Sachpolitik ist nicht unbedingt die Stärke der oppositionellen Mitbewerber in der Landwirtschaftskammer. Das Vordenken in der Agrarpolitik obliegt offenbar nur

noch der Freiheitlichen Bauernschaft. Was die Vorwürfe des UBV bezüglich eines angeblichen Maulkorbes angeht, haben sich die Unabhängigen mal wieder verrannt.

Hintergrund war aber ein ganz anderer: Alle Fraktionen in der Landwirtschaftskammer haben sich darauf geeinigt, dass der Inhalt des ministeriellen Schreibens natürlich veröffentlicht werden darf, aber nicht als Originalkopie. Der Vertreter des UBV hatte bei der betreffenden Sitzung übrigens auch keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

Und was passierte dann?

Franz Graf: Direkt nachdem

mir das Schreiben aus dem Finanzministerium vorlag, habe ich den brisanten Inhalt an unseren Bundesagrarsprecher Harald Jannach weitergegeben, damit im freiheitlichen Nationalratsklub eine entsprechende Parlamentarische Anfrage an den Finanzminister vorbereitet werden kann. Mit dem Anfragerecht kann man den Minister zu einer Stellungnahme zu den ungeheuerlichen Vorwürfen gegenüber den Landwirten zwingen. Dann muss er jedenfalls Farbe bekennen, wie er in seinem Ministerium mit diesen Pauschalverdächtigungen gegenüber den Bauern umgeht und ob er bei diesen Behauptungen bleibt.

Wir Bauern



Der „unfehlbare“ Bauernbund

Immer wieder dasselbe Schauspiel in der Vollversammlung: Am Ende der Tagesordnung werden unzählige Anträge der Fraktionen zu agrarpolitisch problematischen Themen behandelt und abgestimmt. Wir haben dieses Mal Anträge zur Tierhalterverordnung und zum vorbeugenden Gewässerschutz auf Hangneigungen eingebracht. Laut Bundesministerium für Gesundheit hat Österreich eines der modernsten Tierschutzgesetze weltweit. Eine weitere Verschärfung der 1. Tierhalterverordnung, wie etwa durch ein grund-

Franz Graf

sätzliches Verbot der Anbindehaltung bei Rindern, wäre dem Unterzeichneten eines Todesurteils der letzten Kleinbetriebe gleichzusetzen. Daher unsere Forderung nach einer Beibehaltung der in der 1. Tierhalterverordnung vorgesehenen Ausnahmeregelung, wonach die dauernde Anbindehaltung zulässig ist, wenn die Unterbrechung aus rechtlichen oder technischen Möglichkeiten nicht möglich ist. Dem Antrag stimmten alle Fraktionen, auch der Bauernbund, zu.

Der Antrag zur Ausweitung des vorbeugenden Gewässerschutzes auf Hangneigungen über 25 Prozent wurde abgelehnt. Die Begründung des Bauernbundes: Doppelförderung. Ein für mich fadenscheiniges Argument. Alle Übrigen „Oppositionsanträge“ wurden ebenfalls abgelehnt. Ein hinlänglich bekanntes Phänomen in der österreichischen Agrarpolitik: „Die Politik des Bauernbundes ist unfehlbar und damit unantastbar.“ Keine gute Voraussetzung für das Miteinander, das sie uns immer predigen.



Die Freiheitlichen
Oberösterreich

Naturschutz mit Hausverstand!

Unsere Landwirte leisten durch ihre verantwortungsvolle Bewirtschaftung einen großen Beitrag zum Naturschutz und zum Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft. Effektiver Naturschutz kann also nur gemeinsam mit den heimischen Bauern erreicht werden. Wir wollen zusammen mit allen Beteiligten eine Ausgewogenheit zwischen Mensch und Natur herstellen. Oberösterreich braucht einen Naturschutz mit Hausverstand und Augenmaß. Dafür trete ich ein.

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.